

„Dem Rechtspopulismus gemeinsam entgegenstehen“

Nachbericht zur Veranstaltung „Rechtspopulismus und Europafeindlichkeit: In der Mitte angekommen?“

29. Januar 2015, Bonn

Vor dem Hintergrund der Protestbewegung Pegida und dem Attentat gegen die Journalisten des französischen Satiremagazins „Charlie Hebdo“ hätte das Thema der Veranstaltung am 29. Januar 2015 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn kaum aktueller und brisanter sein können: „Rechtspopulismus und Europafeindlichkeit: In der Mitte angekommen?“. Das Landesbüro Nordrhein-Westfalen der Friedrich-Ebert-Stiftung und das Institut Français Bonn luden zur offenen Diskussion ein. Bereits in ihren Begrüßungsworten stellte Prof. Dr. Françoise Rétif, Leiterin des Institut Français Bonn, die zentrale Frage: „Wie ist es möglich, dass heute Parteien wie der Front National in Frankreich wieder einen so großen Erfolg haben?“

Brigit Sippel (SPD), Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Sprecherin des Ausschusses für bürgerliche Freiheit, erweiterte den Blickbereich gleich auf ganz Europa: „Wir erleben, dass rechte Parteien und Organisationen zunehmen und teils neu entstehen – quer durch Europa: in Finnland, Schweden, Ungarn, Frankreich, Österreich,...“ Zwar habe sich in Deutschland der Erfolg von Parteien wie der NPD reduziert. „Doch der Rechtspopulismus kommt in neuen Formen wieder!“ Dabei werde es zunehmend schwieriger, die Grenze klar zu erkennen zwischen konservativen Positionen, die weit am rechten Rand fischen oder tatsächlich rechten Positionen und Parteien. „All diese Organisationen arbeiten mit der Angst: Es ist leicht, vor etwas Angst zu haben, das man nicht wahrnimmt. Das Unbekannte macht Angst und verunsichert.“, hielt Sippel fest. In ihrem Eingangsstatement forderte sie alle Parteien und Bürger auf, eine Wertedebatte darüber zu führen, was der Gesellschaft wirklich wichtig sei.



Politikwissenschaftler Prof. Dr. Frank Decker, Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, untermauerte Sippels politische Einschätzung mit seinen Studien. „Was als kurzfristige Protesterscheinung begonnen hat, hat sich fest in unserem politischen System verwurzelt und

muss entsprechend ernst genommen werden.“ Und obwohl sich in den populistischen Vereinigungen ein Hang zur „Selbsterstörung“ finden würde, sollten sich Politik und Gesellschaft nicht auf diese Selbstersetzung einer Bewegung wie „Pegida“ oder der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) verlassen. Gleichzeitig warnte Decker vor einem Selbstverstärkungseffekt. „Ich glaube, dass Pegida nur deshalb soviel Zulauf hatte, weil sich ihr Effekt durch Medien und auch die Politik weiter verstärkt hat.“ Dazu zähle auch, dass eine Bewegung wie „Pegida“ sich nur vor dem Hintergrund einer Partei wie der AfD und der medialen Aufmerksamkeit hätte entwickeln können. „Das wird relativ schnell in sich zusammenfallen.“ Und dennoch lägen die Wurzeln für Rechtspopulismus tiefer – etwa in der Debatte über das Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin.

Die Gäste Andreas Speit, Autor und Journalist, und Christophe Braouet, Präsident der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Frankfurt, einte in der Diskussion die Einschätzung, dass der Nährboden für rechts-, aber auch

linkspopulistische Bewegungen aktuell oft in der Europapolitik zu finden ist. „Die Links-Rechts-Koalition in Griechenland kann nur deshalb so gut miteinander, weil die deutsche Wirtschaftspolitik in Europa sie eint“, hielt Speit fest. Braouet fand gleich vier Themen, die sowohl links- als auch rechtspopulistische Bewegungen gemeinsam



haben: die Ablehnung der Globalisierung zugunsten des Nationalen, die staatliche Bankenrettungen in der Finanzkrise, die Beschimpfung der Eurokratie sowie die Arbeiterschicht als Wählerpotenzial. Besonders vor dem Hintergrund dieses breiten Spektrums populärer Themen findet Speit eine klare Antwort auf die Frage des Abends: „Ja, der Rechtspopulismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen! Und hier geht es nicht um die Islamisierung etc., vielmehr stehen wir vor dem Aufbruch zu einem Kulturkampf in einer liberalen Gesellschaft.“ Gleichzeitig sieht er große Gefahren darin, dass den rechtsgerichteten Bewegungen nichts entgegen gehalten wird. „Bei der Reaktion der Landespolitik in Sachsen – ‚der Islam gehört nicht zu Deutschland‘ – ist es kein Wunder, dass die Leute dort auf die Straße gehen und auch noch glauben, sie seien im Recht.“

Europapolitikerin Sippel unterstrich diese These, dass rechtspopulistische Strömungen auch von etablierten Parteien aufgegriffen würden. „Dann müssen wir uns ernsthaft fragen: Werden

die Populisten so nicht so aufgewertet? Und schaukelt sich die Stimmung hier hoch?“ Das sei ein demokratisches Problem, welches letztlich nicht nur von der Politik, sondern allen Bürgern zu lösen sei. Eine Publikumsmeldung unterstützte ihren Appell: „Wir müssen gemeinsam anpacken. Wer war denn von Ihnen schon einmal bei einem Tag der offenen Tür in der Moschee oder in einem Flüchtlingsheim... Der Rechtspopulismus ist nur so stark, weil wir es zulassen und nicht gemeinsam entgegenstehen.“

Braouet sieht gleichzeitig, dass die klassischen Parteien in ihrer Bedeutung abnehmen. „Hier öffnet sich eine Spielwiese für andere Parteien und für eine Wählerschaft, die noch nach Themen sucht.“ Schließlich sei es leicht, Menschen zu ködern, wenn diese keine ideologische Heimat mehr hätten. Es werde daher immer wichtiger, dass Politiker klare Kante zeigten, warf Sippel ein.



Als Fazit waren sich die Diskutanten einig darin, dass demokratische Grundwerte derzeit stark unter Druck geraten und es eine Glaubwürdigkeit von Parteien und des Solidaritätsprinzips wieder herzustellen gelte. Speit: „Wir haben es uns in der Vergangenheit oft zu einfach gemacht. Wir müssen Mut zur harten Auseinandersetzung zeigen.“ Dazu zähle, schloss Braouet, alle Bürger in den Diskurs zu integrieren.